

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 7-8

Artikel: NW-Gespräch mit Renate Schoch und Hansjörg Braunschweig : warum eine zweite Armeeabschaffungsinitiative?
Autor: Schoch, Renate / Braunschweig, Hansjörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Warum eine zweite Armeeabschaffungsinitiative?

Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) hat zwei Initiativen lanciert: «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» heisst die eine, «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst» die andere. Die erste Initiative verlangt nebst der Abschaffung der Armee auch die Umwandlung von militärischen in zivile Arbeitsplätze. Die bewaffnete Beteiligung der Schweiz an internationalen Friedensbemühungen wäre nicht ausgeschlossen, der Grundsatzentscheid darüber bedürfte jedoch der Zustimmung des Volkes. – Die zweite Initiative will mit einem professionellen Friedensdienst zum Abbau von Gewalt im In- und Ausland beitragen. Eine Grundausbildung für friedliche Konfliktbearbeitung würde allen in der Schweiz wohnhaften Personen offenstehen. Der Zivile Friedensdienst könnte mit internationalen und lokalen Organisationen für Menschenrechtsarbeit, sozialen Wiederaufbau und Wahlbeobachtung zusammenarbeiten. Er würde von frauen-, friedens-, entwicklungs-, umwelt- und migrationspolitischen Organisationen mitgestaltet.

Der Redaktor der Neuen Wege hat Renate Schoch und Hansjörg Braunschweig zu einem Gespräch über die Stärken und Schwächen dieser Initiativen, insbesondere über den Sinn einer Wiederholung der Abstimmung über die Armeefrage gebeten. Renate Schoch ist seit 1987 für die GSoA aktiv und heute deren Sekretärin. Hansjörg Braunschweig ist unseren Leserinnen und Lesern als langjähriger Präsident der Vereinigung «Freundinnen und Freunde der Neuen Wege» bekannt. Seine Arbeit als Parlamentarier und in verschiedenen Organisationen der Friedensbewegung galt und gilt der «umfassenden Friedenspolitik», wie sie auch von der GSoA gefordert wird. Das wichtigste Fazit des Gesprächs lautet, dass es wichtig sei, den – unter einem «Reform-Image» daherkommenden – negativen Entwicklungen schweizerischer «Sicherheitspolitik» einmal mehr mit der Grundsatzfrage nach der Existenzberechtigung der Armee zu begegnen. Red.

Der Tabu-Bruch von 1989

NW: Am 26. November 1989 erhielt die erste Armeeabschaffungsinitiative einen unerwarteten Achtungserfolg von 36 Prozent der Stimmen. Was hat Euch an diesem Abstimmungsergebnis bewegt? Und was hat sich seither in der Armeefrage bewegt?

Renate Schoch: Der Erfolg der Initiative hat mich wie die meisten Leute überrascht. Ich habe mich darüber besonders gefreut, weil ich seit 1987 in der GSoA aktiv bin und die ganze Abstimmungskampagne miterleben konnte. Ich war damals Sekretärin der Regionalgruppe Zürich. Es ist mit

der Initiative ein entscheidender Tabu-Bruch gelungen. Man darf in der Bevölkerung heute offen über die Armee reden. Ich darf überall sagen, dass ich für die Armeeabschaffung bin, ohne repressiven Massnahmen ausgesetzt zu sein oder angepöbelt zu werden. Die Armee musste sich im Gefolge der Abstimmung auch ein «Reform-Image» geben, was ihr weitgehend gelungen ist.

Hansjörg Braunschweig: Die Einführung des Zivildienstes wäre ohne dieses Abstimmungsergebnis nicht möglich gewesen. Direkte Folge war der letzte parlamentarische Vorstoss für den Zivildienst,

den Helmut Hubacher eingereicht hat. Die zweite Folge ist die anhaltende *Verunsicherung* auf der Gegenseite. Wobei es eine bürgerliche Minderheit gibt, der es zunächst die Stimme verschlagen hat, die aber heute wieder aufsteht und hofft, dass sie das Rad der Geschichte zurückdrehen kann. Aber vielleicht ist dies auch nur ein weiterer Ausdruck von Unsicherheit. Auf der persönlichen Ebene freut es mich ebenfalls, dass man über die Armee heute wie über jede andere Sachfrage diskutieren kann.

Den Versuch von Zeit zu Zeit wieder wagen

NW: Nun ist eine neue GSoA-Initiative lanciert worden. Was sagt Ihr zu den Bedenken, dass diese Initiative vielleicht nicht mehr an den Erfolg von 1989 anknüpfen könnte, weniger Stimmen auf sich vereinigen und dadurch «kontraproduktiv» würde?

Renate Schoch: 1989 hatten wir eine *historisch einmalige Situation*: Der Fall der Berliner Mauer hat das Abstimmungsergebnis zweifellos beeinflusst. Nach dem Tabubruch durch die erste Initiative geht es jetzt darum, die Armeeabschaffung wirklich zu diskutieren und zu zeigen, dass es uns *mit dieser Frage ernst* ist. Wenn die Leute fragen: «Es gab doch schon mal eine Armeeabschaffungsinitiative. Warum macht ihr denn noch eine?» dann antworte ich: «Weil die Armee noch immer nicht abgeschafft ist.» Je nachdem, wie ernst die Leute den ersten Anlauf genommen haben, verliert oder gewinnt das Thema für sie an Attraktivität.

Natürlich ist es schwierig vorauszusagen, ob wir das Ergebnis der ersten Abstimmung werden steigern können. Das hängt auch davon ab, in welchem historischen Moment die zweite Abstimmung stattfinden wird, sofern wir die nötigen Unterschriften für die Initiative zusammenbringen. Hätten wir aus Angst vor einem schlechteren Ergebnis keine Initiative lanciert, dann hätten wir die GSoA ebensogut *ins Museum stellen* können.

Hansjörg Braunschweig: Für mich ist diese Frage nach dem Erfolg nicht entscheidend. Man muss den Versuch von Zeit zu Zeit wieder wagen. Das ist bisher in der Schweiz der einzige Weg, der sich als erfolgreich erwiesen hat. Das zeigt das Beispiel des *Frauenstimmrechts*. Mit der *Mutterschaftsversicherung* oder dem *UNO-Beitritt* hat man es bis heute noch kein zweites Mal probiert.

NW: Beim Frauenstimmrecht sind allerdings von Mal zu Mal mehr Ja-Stimmen dazugekommen. Wird das Resultat einer zweiten Armeeabstimmung dagegen schlechter als 1989, dann stellt sich die Frage, ob dadurch nicht wieder die falschen Leute Auftrieb bekommen.

Renate Schoch: Das ist durchaus möglich. Wir müssen aber versuchen, in der öffentlichen Diskussion möglichst viele Menschen von unseren Ideen zu überzeugen.

Hansjörg Braunschweig: Manchmal nähern wir uns Schritt für Schritt dem gesetzten Ziel. Aber auch wenn es Rückschläge gibt, heisst das noch lange nicht, dass wir deswegen das Ziel nie erreichen werden. Wer kann heute schon die Auswirkungen einer zweiten GSoA-Initiative prophezeien?

NW: Man konnte für 1989 ja auch nicht voraussehen, dass Michail Gorbatschow flankierende Massnahmen zugunsten der GSoA-Initiative ergreifen würde. Trotzdem, was gibt Dir, Renate Schoch, den Mut, eine solche Initiative noch einmal zu wagen? Du hast gesagt, Du seiest seit 1987 in der GSoA aktiv. Seit acht Jahren bist Du Sekretärin der GSoA. Woher kommt diese starke Motivation?

Renate Schoch: Ich fühle mich getragen von einer Gruppe von Menschen, mit denen ich sehr gern zusammenarbeite und mit denen ich diese Initiative wage. Politisch halte ich diese zweite Initiative für eine *Notwendigkeit*. Die Armee gibt sich zwar ein Reform-Image, aber friedenspolitisch sind trotzdem keine Verbesserungen in Sicht, im Gegenteil. Die Frage stellt sich, ob wir uns in diesen Prozess einmischen

oder draussen bleiben sollen. Mit unseren Initiativen mischen wir uns ein.

Schwächen der neuen Abschaffungsinitiative?

NW: Hansjörg Braunschweig, welche Argumente sprechen heute für, welche gegen diesen zweiten Versuch einer Armeeabschaffung via Initiativrecht?

Hansjörg Braunschweig: Ein Argument für diese Neuauflage, für das ich sehr viel Verständnis aufbringe, heisst: Es braucht in der heutigen Zeit, wo alle von dieser «Reform-Armee» sprechen, die *Option* jener, die die Armee ganz ablehnen. Das zu dokumentieren, ist sinnvoll. Es braucht diese Option vor allem gegenüber jenen Kreisen, die mir besonders nahestehen und die heute in militärischen Fragen sehr zurückhaltend sind. Das gilt für die *SP* und für die meisten *Friedensorganisationen*. Zum Strategiebericht Brunner hat man wohl einmal eine kritische Stellungnahme gehört, aber eine Gegenbewegung hat dieser etwas zerfahrene Bericht leider nicht ausgelöst.

Zu meinem Bedauern fehlen drei aktuelle neue Elemente in dieser Initiative: Es fehlt zunächst eine Antwort auf die *Nato-Frage*. Heute besteht eine starke Tendenz, auf dem Umweg über die *Nato* eine allfällige Abschaffung der Armee zu verhindern. Früher wusste man noch, wo der Bartli den Most holt, und hat nicht diese faulen Argumente für die *Nato* und deren Erweiterung gefunden.

Das zweite Element ist der *Einsatz der Armee im Innern*, der sich schrittweise gegen Flüchtlinge, gegen Ausländerinnen und Ausländer allgemein richtet. Es gibt eine Politik, die zwar zaghaft von der Aufarbeitung der schweizerischen Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg spricht, aber gleichzeitig einem Rückfall in die Politik jener Zeit Vorschub leistet. Ich denke zum Beispiel an die Rückschaffungspraxis gegenüber bosnischen Flüchtlingen oder an den negativen Ausgang der Abstimmung über ein Kontaktnetz für Kosovo-Albaner in der Stadt Zürich. Man kritisiert wohl die «populistischen Tendenzen» der politi-

schen Rechten. Aber warum getraut sich niemand mehr, hier offen von «faschistischen Tendenzen» zu sprechen?

Das Dritte, das mich beschäftigt, ist die *Armeekultur*. Darunter verstehe ich eine Armee, die daran festhält, eine eigene Justiz zu haben; eine Armee, in der der Feldpredigerdienst noch immer eine grosse Rolle spielt und von der Kirche teils liebend gerne, teils mit Gleichgültigkeit zur Verfügung gestellt wird. Hinzu kommt das Tabu, dass der Schweizer Soldat die Waffe und die Munition mit nach Hause nimmt. Obwohl wir wissen, wie gefährlich Waffen in privaten Wohnungen sind, gibt es keine ernsthafte Opposition gegen diese «alte Tradition». Auch das obligatorische Schiessen wird nicht abgeschafft, das Feldschiessen weiterhin hochgejubelt. Wir wissen nicht, für wieviele Suizide die Armee Verantwortung trägt. Wir wissen nur, dass die Schweiz das Land mit der höchsten Suizidrate ist, aber niemand kennt die Statistik, die den Anteil der Armee festhält. Und schliesslich gehören zur Armeekultur der Fahnenkult, die Militärmusik, der Eid – all das, was wir früher das militärische Brimborium genannt haben.

NW: Was entgegnet Renate Schoch auf diese drei Defizite, die Hansjörg Braunschweig der neuen GSoA-Initiative vorwirft?

Renate Schoch: Die Initiative enthält tatsächlich den Vorbehalt einer Beteiligung an bewaffneten Friedensbemühungen. Eine solche Beteiligung *im Rahmen der Nato* wäre also nicht zum vornherein ausgeschlossen. Es steht aber auch im Initiativtext, dass über die «Regelungen» solcher Einsätze eine obligatorische Volksabstimmung stattfinden müsste. Dieser Teil der Initiative ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen verschiedenen Meinungen innerhalb der GSoA.

Den zweiten und den dritten Kritikpunkt von Hansjörg Braunschweig verstehe ich nicht. Wenn die Armee abgeschafft ist, dann gibt es auch keine Einsätze mehr im Innern. Es gibt vielleicht noch den Unteroffiziersverein, der sich mit irgendwelchen

Restbeständen des Fahnenkultes abgeben wird. Aber die Armeekultur würde einen schweren Schlag erleiden. Wenn es trotz Armeeabschaffung noch immer Leute geben wird, die ihre Freude am Militär haben, dann können wir ihnen diese Freude nicht via Volksinitiative nehmen.

Was es allerdings auch noch zu bedenken gibt, ist das Problem der *Privatisierung von Sicherheit*, das zu einem weltweiten Phänomen geworden ist. In vielen Ländern bilden sich Privatarmeen heraus, Firmen und reiche Leute können sich diese Art von Sicherheit kaufen.

NW: Sind wir uns einig, dass eine abgeschaffte Armee im Innern nicht mehr eingesetzt werden kann?

Hansjörg Braunschweig: Ja, aber es gibt für diesen Fall auch keine Vorkehrungen dagegen, dass diese Einsätze nicht einfach auf die Polizei oder gar auf eine Neuaufgabe der vom Volk abgelehnten *Bundessicherheitspolizei* verlagert würde. Hier wären neue Fragestellungen zu bedenken. Hier ist die Initiative zu wenig aktualisiert, unterscheidet sie sich zu wenig von der alten.

Eine unvollkommene Initiative als Ausdruck einer unvollkommenen Welt

NW: Diese Initiative ist auch lanciert worden, um negativen Entwicklungen dieser angeblich reformfreudigen Armee Einhalt zu gebieten.

Renate Schoch: Wir können diesen Entwicklungen nicht wirklich Einhalt gebieten, wir können uns aufgrund unserer minoritären Position nur in eine Diskussion einmischen. Zu den negativen Entwicklungen gehört die *Ausbreitung des Militärischen* gegen innen und gegen aussen. Nach innen diversifiziert die Armee, sie nimmt immer mehr Funktionen in Anspruch, um sich neu zu legitimieren. Nach aussen schlägt der Brunner-Bericht die Schaffung eines bewaffneten Solidaritätskorps vor. Die Schweizer Armee will sich immer mehr andern Armeen und vor allem der Nato anschliessen. Wenn wir nicht Alternativen

der Konfliktlösung diskutieren, dann verbleiben nur noch militärische Interventionsmuster der Unterdrückung, der Kontrolle und im besten Fall noch der Eindämmung von Konflikten. Es legitimiert sich damit die Machtpolitik im Interesse des grössten militärischen Bündnisses, eben der Nato.

NW: «Solidaritätskorps» ist gewiss ein hölzernes Eisen, jedenfalls ein höchst problematischer Begriff im Zusammenhang mit einem Instrument der Gewalt. Um so weniger verstehe ich den Vorbehalt des Initiativtextes zugunsten einer «bewaffneten Beteiligung» der Schweiz «an internationalen Friedensbemühungen», selbst wenn sie von der Nato ausgingen. Und besteht hier nicht überhaupt ein Widerspruch zu einer «Schweiz ohne Armee»? Wenn es keine Armee gibt, entfällt wohl auch die Möglichkeit, sich mit Truppenkontingenten an einer internationalen «Friedenssicherung» zu beteiligen. Wie Renate schon gesagt hat, handelt es sich hier offenbar um Widersprüche innerhalb der GSoA selbst.

Renate Schoch: Genau, man kann diese *Widersprüche* auch gar nicht auflösen. Es gibt zwei Ebenen der Widersprüche: Die eine Ebene liegt *innerhalb der GSoA* selbst. Die einen Mitglieder sagen, wir müssten uns an internationalen Friedensbemühungen, insbesondere an Blauhelmeinsätzen, beteiligen. Es könne immer wieder Situationen geben, wie wir sie in Ex-Jugoslawien erlebt haben und wie wir sie, fürchte ich, demnächst auch im Kosovo wieder erleben könnten. Die andere Meinung geht dahin, die Beteiligung der Schweiz an bewaffneten Aktionen sei generell auszuschliessen. Der Initiativtext ist eine Art *Kompromiss* zwischen den beiden «Flügeln». Sie würden sich wohl auch bekämpfen, wenn es nach Annahme der Initiative zur Volksabstimmung über die Regelung dieser internationalen Armee-Einsätze käme.

NW: Der Vorbehalt der Initiative liesse sich auch so deuten, dass die Schweiz in erster Linie dem UNO-Sicherheitsrat Trup-

penkontingente für militärische Sanktionen zur Verfügung stellen könnte.

Renate Schoch: Das wäre auf jeden Fall weniger unsympathisch, als sie der Nato zur Verfügung zu stellen. Aber es gibt noch den Widerspruch auf der anderen Ebene: Noch weiss niemand, was geschehen soll, wenn die nationalstaatlichen Armeen abgeschafft werden. Wird dannzumal die militärische Gewalt auf eine *internationale Organisation* übertragen? Erhielte die UNO in Analogie zum modernen Rechtsstaat das *Gewaltmonopol*? Gäbe es eine internationale Sicherheitspolizei, für die der Sicherheitsrat die Verantwortung übernehme – was gewiss keine harmlose Idee wäre? Oder gäbe es in einer völlig demilitarisierten Welt überhaupt keine Waffen mehr? Das sind Spekulationen, die bald einmal unrealistisch werden. Es besteht eine gewisse Ratlosigkeit unter friedensbewegten Menschen, wenn es um die Frage nach der Durchsetzung weltweit akzeptierter Normen geht. Wenn wir eine unvollkommene Initiative gemacht haben, dann ist sie auch Ausdruck einer unvollkommenen Welt.

Interventionen im Namen der Völkergemeinschaft

NW: Schon zu Ragaz' Zeiten wurde diskutiert, ob der Einsatz von Armeen im Dienste des Völkerbundes nicht etwas anderes sei als eine kriegerische Auseinandersetzung, nämlich eine Polizeiaktion zur Durchsetzung des Völkerrechts. Man kann gegen die Armee sein und braucht deshalb nicht auch die Polizei abzulehnen, selbst wenn es sich dabei um eine internationale Polizei handelt, der militärische Mittel zur Verfügung stehen.

Hansjörg Braunschweig: Die Frage der militärischen Sanktionen ist wirklich nur die eine Frage. Die andere Frage betrifft die *Veränderungen der UNO* seit 1989. Vorher gab es dort immerhin noch ein gewisses Gleichgewicht, auch wenn es ein Gleichgewicht des Schreckens war. Was danach kam, dieser Alleinherrschaftsanspruch der einen grossen noch verbliebenen Welt-

macht, der kein Widerstand mehr geleistet wurde, hat zum Golfkrieg geführt. Das war kein Einsatz der UNO, sondern der Missbrauch der UNO für einen privaten Ölkrieg der USA. Das schwierigste von all diesen Problemen aber ist, dass wir die Konflikte immer erst dann ernsthaft diskutieren, wenn sie in ihre heisse Phase treten. Renate hat es gesagt: Was sich heute im Kosovo anbahnt, konnten wir schon lange voraussehen. Über weitere Konfliktherde in Afrika oder in der ehemaligen Sowjetunion sollten wir uns ebenfalls Gedanken machen bevor es zu spät ist. Die vorhandene *Hilflosigkeit* angesichts all dieser Grundwidersprüche ist nicht nur das Problem der Weltpolitik, sondern auch *unser Problem*.

NW: Hättest Du diesen Vorbehalt demnach nicht in die neue GSoA-Initiative aufgenommen?

Hansjörg Braunschweig: Ein Regime wie dasjenige von *Milosevic* begeht immer wieder derartige Grausamkeiten gegenüber Minderheiten, dass ich fast keinen andern Weg sehe als den einer Intervention im Namen der Völkergemeinschaft. Alle diese Menschen, die Opfer serbischer Greuelthaten werden, einfach ihrem Schicksal zu überlassen, wäre unerträglich.

Das Problem der GSoA ist, dass sie alle Karten auf das *Mittel der Initiative* setzt. Es fehlen Euch die Möglichkeiten, der Vielfalt der Friedensprobleme gerecht zu werden, wo andere Mittel vielleicht angemessener wären. Die umfassende Friedenspolitik, die Ihr postuliert, könnt Ihr nur zu einem sehr kleinen Teil verwirklichen. Ich hatte und habe immer noch die Hoffnung, dass die Friedensorganisationen, wenn sie besser zusammenarbeiten würden, an vielen Orten und auf verschiedenen Ebenen tätig sein könnten.

Was heisst «umfassende Friedenspolitik»?

NW: Aber Du hast nichts dagegen, dass eine dieser Organisationen eine Initiative lanciert, Du möchtest lediglich ein Bündnis mit diversifizierten Einsätzen?

Hansjörg Braunschweig: Ja, dann könnte man sagen, die eine Organisation befasst sich mit Flüchtlingen, wenn sie ankommen, die andere Organisation mit Flüchtlingen, damit sie nicht kommen müssen, sondern in ihrem eigenen Land Hilfe erhalten, eine weitere Organisation befasst sich mit der Abschaffung der Armee und nochmals eine andere mit friedenspolitischer Studienarbeit. Und alle sind untereinander *vernetzt* und stimmen sich aufeinander ab.

NW: Und wie *vernetzt* seid Ihr nun mit diesen verschiedenen Friedensbewegungen, Asylbewegungen, Drittweltbewegungen usw.?

Renate Schoch: Ich muss zwei Fragen beantworten: 1. Wenn Hansjörg sagt, wir könnten nur einen kleinen Teil der umfassenden Friedenspolitik verwirklichen, so muss ich ihm recht geben. Eine umfassende Friedenspolitik mit ihrem umfassenden Anspruch kann man nicht mit einer Initiative einlösen. Eine Initiative ist zwangsläufig ein *begrenztes Projekt*, sonst würde sie im übrigen auch gegen die «Einheit der Materie» verstossen. 2. Das *breitere Bündnis*, das Hansjörg vermisst, kommt in unserer zweiten Initiative «für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst» zum Ausdruck. Diese Initiative widerspiegelt unsere Diskussionen um Konfliktursachen und Konfliktlösungen, um Hilfe für Opfer, um eine neue Flüchtlingspolitik usw. Es gibt schon einige derartige Projekte, die durch unsere Initiative gestärkt würden. Wir haben mit vielen Organisationen Kontakt aufgenommen und dabei auch viel gelernt, z.B. von Peace Brigades International. Die Initiative ist aber ein *Beitrag* zu einem umfassenden Konfliktverständnis und zu einer umfassenden Friedenspolitik.

Hansjörg Braunschweig: Ich habe die Vorstellung von einer *Föderation* der verschiedenen Organisationen. Heute gibt es weniger Menschen, die Friedensgeneralisten sind und zu allen Fragen einigermaßen Bescheid wissen. Die meisten konzentrieren sich heute auf bestimmte Projekte. Was die GSoA zum Beispiel für die

Medienhilfe in Ex-Jugoslawien geleistet hat, entspricht ganz meinen Vorstellungen und verdient hohe Anerkennung.

Eine zweite Initiative: für den freiwilligen Zivilen Friedensdienst

NW: *Renate Schoch hat das Thema der zweiten Initiative schon vorweggenommen, die einen Zivilen Friedensdienst einführen will. Die GSoA betont bei dieser Forderung sehr stark die Freiwilligkeit. Aber hatte der alte obligatorische Militärdienst nicht wenigstens den Vorteil, dass die Leute periodisch mit andern zusammenleben und zusammenarbeiten mussten? Wäre die Solidarität, die sie für eine problematische Sache einüben sollten, für einen Zivilen Friedensdienst nicht viel mehr am Platz. Ich denke auch an den obligatorischen Sozialdienst von drei Jahren, den Hans Ruh als Gegenleistung für sein Grundlohnkonzept fordert.*

Renate Schoch: Es geht nicht darum, eine Friedensarmee oder sonst eine Ersatzarmee zu schaffen. Es geht darum, Spezialistinnen und Spezialisten auszubilden und nicht ein Heer von «Friedenssoldaten» oder anderen Dienstpflichtigen auf die Beine zu stellen. Es geht auch nicht um eine volkerzieherische Massnahme, sondern um einen *Dienst mit motivierten Leuten*. Unser Modell orientiert sich an Friedensorganisationen wie Peace Brigades International oder am Zivilen Friedensdienst in Deutschland. Auch ihnen geht es in erster Linie darum, die Leute gut auszubilden. Es gibt nichts Schlimmeres als Leute, die halb informiert und halb motiviert irgendwohin gehen und da irgendwie ein bisschen Frieden machen möchten.

Friedensdienst ist eine extrem anspruchsvolle Aufgabe, die auch eine Reihe von Eigenschaften erfordert, die nicht alle in gleichem Ausmass mitbringen. Die Initiative bietet eine *Grundausbildung* an, die alle in der Schweiz lebenden Personen – mit oder ohne Schweizerpass – in Anspruch nehmen können. Einen obligatorischen Dienst lehnen wir auch deshalb ab, weil dann die *Frauen* wohl ebenfalls dienst-

pflichtig würden. Aber warum sollen Frauen einen Sozialdienst leisten müssen, wenn sie schon für Kindererziehung und Betagtenbetreuung vielfach zuständig sind?

NW: Das ist durchaus einleuchtend, wobei der freiwillige Zivile Friedensdienst immer noch an einen obligatorischen Sozialdienst im Sinne von Hans Ruh angerechnet werden könnte.

Woher dieses Vertrauen in den Staat?

Hansjörg Braunschweig: Die Skepsis gegenüber einem obligatorischen Zivildienst resultiert für mich und wohl auch für meine Generation vor allem aus dem *Zivilschutz*, der *Gesamtverteidigung*. Auch dort gab es Bestrebungen, möglichst alles obligatorisch zu erklären, um so die Bevölkerung im Dienst des Antikommunismus zu mobilisieren. Es ist diese Erfahrung aus dem Kalten Krieg, die in mir geradezu *anarchistische Tendenzen* hervorruft. Meine Distanz zum Staat wird auch heute wieder grösser. Wenn ich sehe, wie dieser Staat seinen sozialen Verpflichtungen immer weniger gerecht wird, kann ich ihm kein Vertrauen mehr schenken. Darum möchte ich Renate fragen: Woher holt Ihr Euer Vertrauen in diesen Staat, dem ihr alle diese Aufgaben aufbürden wollt? Gerade beim Zivilen Friedensdienst sollten wir mehr aus eigenen Kräften tun. Wenn dann der Staat dafür eine Subvention leisten will, möchte ich ihm nicht davor sein, sofern er keine Bedingungen stellt.

NW: Man könnte immerhin einwenden, dass ein Staat, der all dies verwirklicht, was die beiden Initiativen wollen, auch ein anderer Staat wäre.

Renate Schoch: Hansjörgs Bedenken ist ernst zu nehmen. Verändert der Staat dann nicht das, was wir wollen?

NW: Wer verändert wen? wäre die Frage.

Renate Schoch: Genau. Das Problem stellt sich immer bei solchen Überlegungen. Hansjörg, hat der Staat Dich etwa auch verändert? Du warst ja schliesslich ziem-

lich lange im Nationalrat, und es hat Dir, wie ich sehe, nicht besonders geschadet. Aber Deine Frage, ob wir nicht mehr aus eigenen Kräften tun sollten, verweist uns auf unsere *beschränkten finanziellen Möglichkeiten*. Auch die andern Organisationen, die sich für Friedensprojekte einsetzen, leiden unter diesen Grenzen. Das hat auch seine guten Seiten: Freiwillige, die arm sind und in Länder gehen, wo die Leute noch weit ärmer sind, teilen dann auch das Leben dieser Ärmsten. Das ist gut für ihre Arbeit und für ihre Glaubwürdigkeit.

Es ist im übrigen nicht so, dass die GSoA dem Staat den Zivilen Friedensdienst aufbürden will. Der Staat soll vielmehr die Aufgabe erhalten, solche *Projekte zu unterstützen*, was zum Teil ja schon geschieht. Sollte der Staat nicht überhaupt wieder *politische Freiräume* schaffen, die heute immer mehr ökonomischen «Sachzwängen», ausgelöst durch die Globalisierung der Wirtschaft, zum Opfer fallen? Die Frage ist, ob wir mit solchen Projekten wie dem Zivilen Friedensdienst nicht den Staat auf unsere Seite ziehen und wieder politischen Handlungsspielraum für Bürgerinnen und Bürger gewinnen könnten. Und dies auch in andern Ländern, wo Menschen sich nicht einmal gewerkschaftlich organisieren dürfen, ohne Gefahr zu laufen, von Todeschwadronen umgebracht zu werden.

NW: Renate Schoch, wir danken Dir für Deinen Denkanstoss und wünschen der GSoA viel Erfolg, und Dir, Hansjörg Braunschweig, danken wir für die solidarische Kritik an Defiziten der Friedensbewegung.